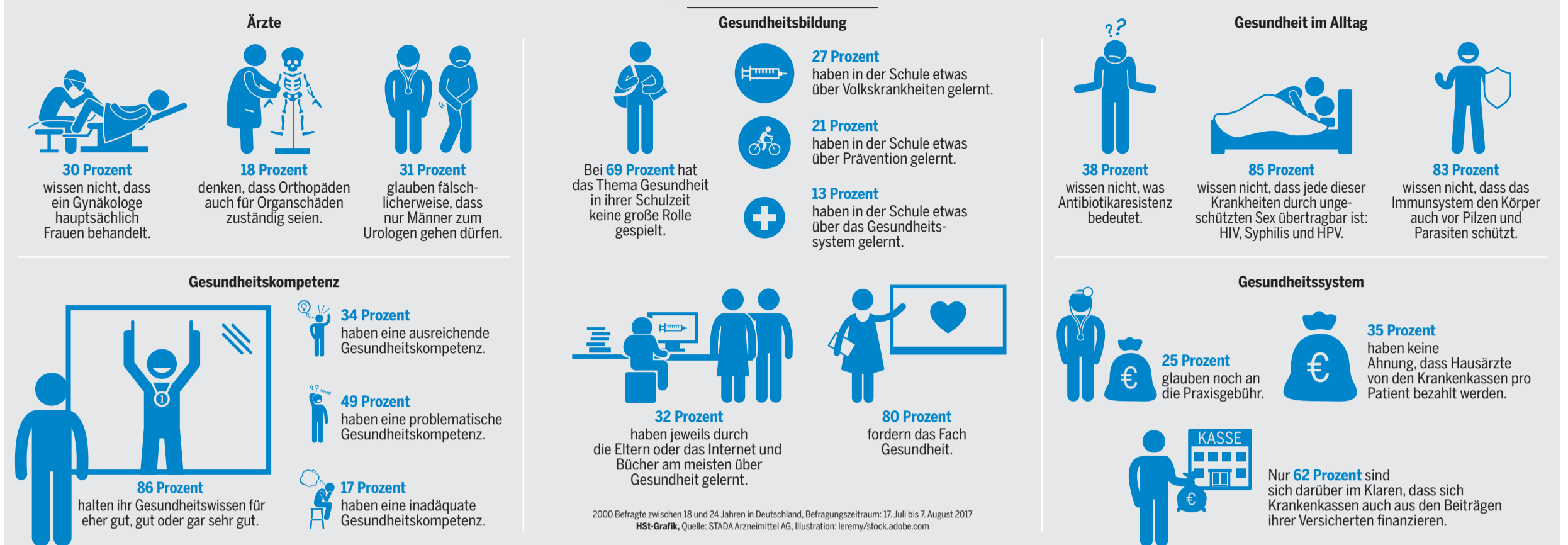


Nachhilfe nötig – muss Gesundheit Schule machen?



Von unserer Redakteurin
Valerie Blass

Wissen Sie, dass Antibiotika nicht gegen Viren helfen? Ist Ihnen klar, dass sich Orthopäden zwar um Knochen, nicht aber um Organschäden kümmern? Können Sie den Unterschied zwischen einer ambulanten und einer stationären Behandlung erklären?

Nein? Dann sind Sie in guter Gesellschaft. Laut einer Studie der Universität Bielefeld zum Thema Gesundheitskompetenz vom vergangenen Jahr verfügt mehr als die Hälfte der 2000 Befragten über eine eingeschränkte Gesundheitskompetenz. Die Studie ist repräsentativ, das heißt: 54 Prozent der Deutschen sind nicht ausreichend in der Lage, sich gesundheitsrelevante Informationen eigenständig zu beschaffen, diese zu bewerten und zu nutzen.

Defizite Noch gravierender ist das Wissensdefizit bei der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, so der Gesundheitsreport der Stada Arzneimittel AG. In deren Untersuchung zeigte sich zum Beispiel: 74 Prozent der Befragten wissen nicht, dass ungeschützter Sex ein Risiko für Gebärmutterhalskrebs ist. Ein Viertel glaubt, dass sich Hausärzte noch immer über die Praxisgebühr finanzieren. Ein Drittel ist fälschlicherweise der Meinung, dass nur Männer zum Urologen gehen können. Fazit: 66 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland verfügen über eine problematische oder inadäquate Gesundheitskompetenz. „Nachhilfe nötig“ ist das Fazit der Autoren der Stada-Studie. Sie fordern ein Schulfach Gesundheitsbildung.

Die fehlende Kompetenz schlägt sich in der Praxis nieder: Wer nicht weiß, wo er sich die passende Hilfe organisieren kann, dessen Leiden

verlängert sich womöglich. Auch für das System insgesamt sind weit verbreitete Wissenslücken problematisch: War es früher in der Großfamilie die Oma, die treffsicher einschätzen konnte, ob das fiebernde Kind bloß eine Erkältung hat, die von allein wieder weggeht oder ob

„Viele kommen mit ausgeprägtem Partikularwissen über ihr Problem, die großen Zusammenhänge fehlen.“
Axel Menzebach

es tatsächlich rasche ärztliche Hilfe braucht, so ist diese Kompetenz in der individualisierten Gesellschaft häufig nicht mehr vorhanden. Eine Konsequenz: Die Notaufnahmen sind regelmäßig verstopft mit verunsicherten Menschen, denen mit häuslicher Zuwendung und Wadenwickeln zu helfen wäre.

Vielen fällt es auch schwer, sich mit den Rahmenbedingungen des Systems zurechtzufinden. So haben amerikanische Forscher herausgefunden, dass manche Menschen schon Probleme damit haben, auf einem Terminzettel das Datum eines Untersuchungstermins zu identifizieren. Auch von einem Informationsblatt relevante Informationen über die eigene Erkrankung herauszufiltern, ist oft eine Hürde.

Die Erwartung, dass Arzt und „der mündige Patient“ sich stets auf Augenhöhe begegnen könnten, hält der Anästhesist, Schmerzmediziner und Chefarzt der Zentralen Notaufnahme, Axel Menzebach vom Donau-Isar-Klinikum in Deggendorf, für überzogen. „Man spricht ja nicht mit einem Kollegen, sondern mit jemandem, der nicht vom Fach ist.“ Dabei, sagt Menzebach, sei es zum Beispiel in der Intensivmedizin, wenn es um lebensverlängernde Maßnahmen gehe, bedeutend, dass die Aussagen des Arztes bei Patient oder Angehörigen ankämen. „Man

kann Sachverhalte schon runterbrechen“, sagt Menzebach. Jungen Mitarbeitern rät er: „Stellt euch vor, ihr würdet das eurer Mutter erklären.“ Aber das, was Menzebach „transkulturelle Unterschiede“ zwischen Patienten und Ärzten mit unterschiedlicher Herkunft nennt, mache auch diese Kommunikation schwierig.

Vom AOK-Bundesverband heißt es in einer Publikation: „Es ist eine paradoxe Situation. Deutschland hat ein leistungsfähiges und international geschätztes Gesundheitssystem, die Mehrheit der Menschen bewegt sich darin aber sehr unsicher.“ Viele Menschen wüssten überhaupt nicht, welche Hilfsangebote es gebe und wie und wo man sich darüber informieren könne. Und weiter: „Wenn sie doch irgendwo – etwa im Internet – Informationen zu einem Gesundheitsproblem finden, dann haben sie Schwierigkeiten, diese zu verstehen und richtig einzuordnen.“ Damit steht Deutschland im europäischen Vergleich schlecht da, heißt es von der AOK: Die Bevölke-

rung in den Niederlanden, Dänemark, Irland oder Polen erreiche deutlich bessere Werte.

Das kann so nicht bleiben, darin sind sich Politiker und Akteure aus dem Gesundheitswesen einig. Allerdings wirken die Versuche, den Zustand zu verbessern, eher hilflos. Einen „Nationalen Aktionsplan Gesundheitskompetenz“ hat die AOK

„Wir sind in Deutschland erstaunlich wenig kreativ.“
Doris Schaeffer im Ärzteblatt

2016 ins Leben gerufen. Aufgabe der „Koordinstanzstelle“: Erstmal Daten sammeln und weitere Forschung anregen. Unter dem nicht weniger sperrigen Begriff „Allianz für Gesundheitskompetenz“ hat der amtierende Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) verschiedene Akteure verpflichtet,

„Maßnahmen für die Verbesserung des Gesundheitswissens“ zu entwickeln. „Wir sind in Deutschland erstaunlich wenig kreativ“, wird Doris Schaeffer, eine der Autorinnen der Studie zur Gesundheitskompetenz an der Uni Bielefeld im „Ärzteblatt“ zitiert. Sie sieht gerade in Praxen niedergelassener Ärzte viel Potenzial, um Informationen über Gesundheitsverhalten zu verbreiten.

Prominent Die Autoren des Stada-Reports geben eine andere Empfehlung. Gesundheitswissen solle in der Schule besser vermittelt werden, schlussfolgern sie – und haben sich prominente Fürsprecher geholt. Fernseharzt Johannes Wimmer sagt im Interview zum Report: „Gesundheit ist ein Bildungsproblem. Daher muss das Thema in der Schule einen festen Platz finden.“ Auch der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann empfindet die fehlende Vermittlung „als sehr kritisch“. Die junge Generation müsse sich zwar noch nicht mit Gesundheitsfragen beschäftigen, weil sie in der Regel gesund sei. „Trotzdem wird in jungen Jahren der Grundstein gelegt. Es muss hier gelingen, Gesundheitsbildung schon in der Schule so an die Menschen heranzutragen, dass sie den Mehrwert erkennen und Spaß daran haben, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.“ Das sehen übrigens auch die befragten jungen Menschen so: 80 Prozent wünschen sich ein Schulfach Gesundheit.

Eine solche Grundbildung würde womöglich Tendenzen vorbeugen, die Menzebach immer öfter beobachtet: „Viele kommen mit ausgeprägtem Partikularwissen über ihr jeweiliges Problem, aber die großen Zusammenhänge fehlen.“ Auch Internet-gestütztes Scheinwissen begegne ihm häufig.

Gesundheitsbildung: ungenügend

MEDIZIN Zwei Studien offenbaren ein erschreckend geringes Wissen der Deutschen – Arzt bemängelt Internet-gestütztes Scheinwissen

Süd- und Nordkorea machen wichtigen Schritt zur Entspannung

Über die Zusammenarbeit bei den Olympischen Winterspielen hinaus wollen beide Seiten das Gespräch aufrechterhalten – Atomstreit schwelt aber weiter

Von Dirk Godder, dpa

SEOUL Am Ende ging alles ziemlich schnell. Noch Anfang des Jahres drohte Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un den USA mit dem „Atomwaffenknopf“. In derselben Rede schlug Kim aber auch Südkorea eine Zusammenarbeit bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang im Februar vor. Der US-Verbündete ging sofort auf das Angebot Kims ein. Beide Seiten nahmen noch in derselben Woche ihre zuvor getrennten Kommunikationsleitungen an der Grenze wieder in Betrieb und vereinbarten die ersten Gespräche seit zwei Jahren. Gestern erfolgte dann die Einigung bei dem Treffen im Grenzort Panmunjom auf weitreichende Maßnahmen für bessere Beziehungen.

■ Was bedeutet die Einigung?
Er denke, dass Nordkoreas Teilnahme an den Spielen „uns die Gelegen-

heit bietet, die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu reduzieren“, sagte Südkoreas Vereinigungsminister und Verhandlungsleiter Cho Myoung Gyon vor Journalisten nach den Gesprächen in Panmunjom. Seoul hofft, nicht nur friedliche und erfolgreiche Wettkämpfe ausrichten zu können. Seoul will die Grundlage für eine dauerhafte Entspannung schaffen. Dazu könnten die Großveranstaltungen einen wichtigen Beitrag leisten.

■ Wen will Nordkorea schicken?
Nordkorea will neben Regierungsvertretern und Athleten auch eine Fangruppe, eine Taekwondo-Showteam sowie Beobachter, Künstler und Reporter schicken. Allerdings ist noch nicht klar, wer Mitglied einer hochrangigen Delegation sein könnte. Experten erwarteten Probleme, wenn politische Schwergewichte wie Choe Ryong Hae, der derzeit als die Nummer zwei hinter



Seltenes Bild: Südkoreas Delegationsleiter Cho Myoung Gyon (links) und sein nordkoreanischer Amtskollege Ri Son Gwon geben sich die Hand. Foto: dpa

Kim gelte, kommen sollten, schreibt die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap. Choe steht wie andere Funktionäre auch wegen des Atomprogramms Nordkoreas auf ei-

ner Schwarzen Liste. Vielleicht auch deshalb kündigte Südkoreas Außenministerium gestern an, es könnte eine „vorübergehende“ Lockerung der eigenen Sanktionen gegen

Nordkorea erwägen. Was die Sportler aus dem Norden betrifft, so hatten sich für die Spiele in Pyeongchang nur die Eiskunstläufer Ryom Tae Ok und Kim Ju Sik qualifiziert, sich jedoch nicht fristgerecht angemeldet. Aber das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte bereits signalisiert, ein Ausnahme zu machen.

■ Was sollen die Militärgespräche bringen?
Die Einigung übertrifft die Erwartungen vieler Experten. Nordkorea stimmte überraschend dem Vorschlag Südkoreas zu, auch wieder Militärgespräche aufzunehmen. Bei den Gesprächen zwischen Militärs soll es vor allem um vertrauensbildende Maßnahmen gehen. Beide Seiten könnten sich zunächst auf eine Einstellung ihrer Lautsprecher-Propaganda entlang der Grenze einigen. Südkoreas Präsident Moon Jae In hatte vor den jetzigen

Gesprächen seine Hoffnung geäußert, dass bessere innerkoreanische Beziehungen auch den Weg zu einer Lösung des Atomstreits und eventuell auch einen Dialog zwischen Pjöngjang und den USA ebnen könnten. Allerdings warnten Kommentatoren in Südkorea davor, Seoul dürfe sich von Pjöngjang nicht einwickeln lassen.

■ Wie geht es weiter?
Zunächst wollen beide Koreas bei Gesprächen auf Arbeitsebene die Einzelheiten für die Teilnahme Nordkoreas an den Olympischen Spielen besprechen. Die Zeit drängt. So war jetzt auch davon die Rede, dass Nordkorea zunächst die Unternehmlichkeiten und die Sicherheitsbedingungen vor Ort überprüfen wolle. Beide Seiten erklärten auch ihre Absicht, neben den Regierungstreffen auch Gespräche in verschiedenen Bereichen zu führen – ohne das weiter zu spezifizieren.